

Wegen Fachkräftemangel fällt Altersguillotine neu erst mit 60

Die Wiedergeburt der Babyboomer

SARAH FRATTAROLI

Was in der Gesellschaft längst angekommen ist, erreicht nun auch den Arbeitsmarkt: 60 ist das neue 50. Die Altersguillotine verschiebt sich. **«In einigen Branchen galt man auf dem Arbeitsmarkt bislang schon mit 50 als alt»,** sagt Pascal Scheiwiller (49), CEO der Outplacement-Firma von Rundstedt & Partner, die Arbeitnehmenden nach einer Kündigung bei der beruflichen Neuorientierung hilft. «Dank des Fachkräftemangels liegt die Schwelle nun viel höher, zwischen 58 und 60 Jahren.»

Zu diesem Schluss kommt eine Studie von Rundstedt, für die fast 1000 HR-Manager von Schweizer Konzernen befragt wurden. **In der Gastronomie etwa werden mittlerweile auch über 60-Jährige unbeschränkt eingesetzt.** Das überrascht kaum, mussten diverse Restaurants und Hotels in den letzten Monaten vor lauter Personalnot doch die Öffnungszeiten einschränken oder die Menükarte zusammenstreichen.

Noch stärker vom Fachkräftemangel gebeutelt ist laut der Rundstedt-Umfrage die IT-Branche: **47 Prozent der befragten Betriebe stufen den Fachkräftemangel als «sehr gross» ein,** das ist schweizweiter Spitzenwert. Auch der Detailhandel (44 Prozent) sowie die industrielle Produktion (34 Prozent) schwingen obenaus.

Das Gesundheitswesen belegt mit 31 Prozent unerwartet keinen Spitzenplatz. «Das liegt daran, dass hier nur einzelne Berufsgruppen stark vom Mangel betroffen sind, besonders Pflegefachkräfte», erklärt Scheiwiller. In einem Spital finden sich aber noch diverse andere Berufsprofile, wo die Personalnot weniger akut ist.

Verhältnismässig entspannt zeigt sich die Situation unter anderem im Finanzsektor

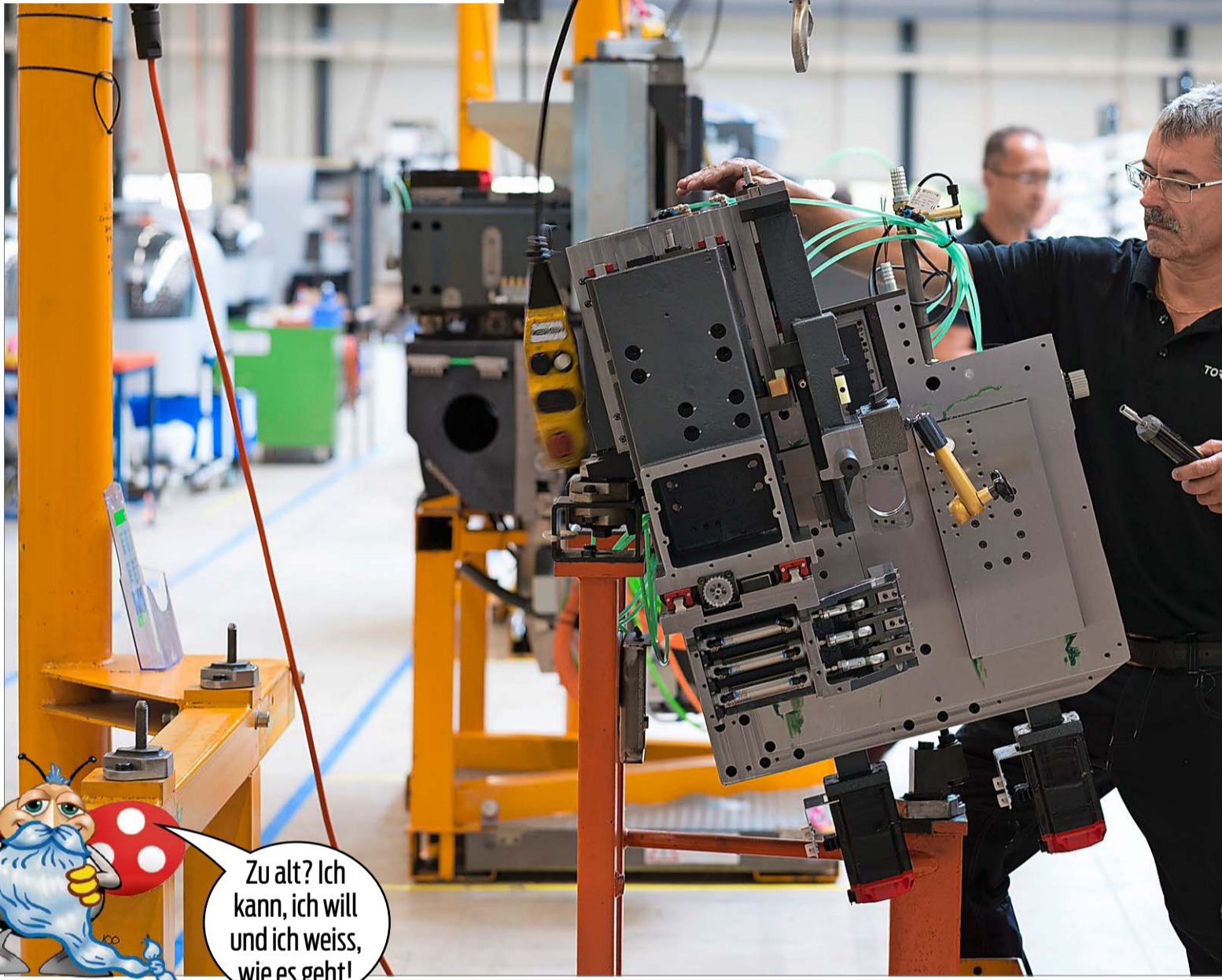
(12 Prozent) sowie in der Pharma- und Chemiebranche (10 Prozent).

Unternehmen haben im Grundsatz zwei Möglichkeiten, auf den Fachkräftemangel zu reagieren.

Erstens: Sie schneiden sich ein grösseres Stück vom kleinen Kuchen ab. Dies, **indem sie sich als Arbeitgeber attraktiver machen, dank besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen etwa.** «Pharma- und Finanzbranche machen das schon seit Jahren, darum sehen wir dort auch einen tieferen Personal-mangel», lobt Scheiwiller. Die Zurich Versicherung oder Novartis etwa bieten ihren Mitarbeitern 16 respektive 18 Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Dagegen sehen die gesetzlich vorgeschriebenen zwei Wochen alt aus.

Zweite Möglichkeit: Vom Fachkräftemangel betroffene Unternehmen vergrössern den Kuchen, anstatt sich nur ein grösseres Stück davon abzuschneiden. **Indem sie Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen, die bisher auf der Strecke blieben.** «Neben Älteren kommt das auch Langzeitarbeitslosen und Frauen nach über zehn Jahren Mutterschaftspause zugute», erklärt Scheiwiller. Auch Quereinsteiger erhalten so neue Chancen.

Daneben gewinnt die Rekrutierung im Ausland an Bedeutung. **«Einige Spitäler fahren gezielte Rekrutierungskampagnen in ganz Europa»,** erzählt Scheiwiller. Findige Stellenvermittler haben sich darauf spezialisiert, etwa in Polen nach qualifizierten Pflegekräften zu suchen, ihnen in einem Crashkurs die wichtigsten Sprachkenntnisse beizubringen – und sie dann in die Schweiz zu ver-



mitteln. Obwohl die Unternehmen ihren Suchradius angesichts der Personalnot erweitern: Lang anhaltend dürften die Änderungen kaum sein. «Sobald die Konjunktur abflacht und es wieder mehr Arbeitslose gibt, kommt auch die Altersguillotine zurück», prognostiziert Scheiwiller. Die Unternehmen sammeln jetzt zwar Erfahrungen mit rüstigen Ü60ern in ihren Teams. **«Aber allerdings nicht aus Überzeugung, sondern aus Not.** Es wäre Wunschdenken zu glauben, dass sich das langfristig hält.»

Für Avenir 50 Plus ist Altersdiskriminierung nicht «Höhere PK-Beiträge sind veran

Auch wenn sich die Altersguillotine nach oben verschiebt, bleiben ältere Arbeitnehmende auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz liegt gemäss aktuellen Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) bei zwei Prozent. **Bei den über 60-Jährigen kletterte der Wert allerdings auf drei Prozent,** heisst es beim Verband Avenir 50 Plus, der sich für die Arbeitsmarktintegration älterer Arbeitnehmender einsetzt.

«Die Ausgesteuerten und all jene, die an einem Beschäftigungsprogramm teilnehmen, sind darin noch nicht einmal enthalten», kritisiert Heidi Joos (67), Geschäftsführerin von Avenir 50 Plus. **Das fällt ins Gewicht, weil Leute ab 50 Jahren viel häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.**

die höheren Pensionskassenbeiträge, so Joos. «Man müsste langsam über einen Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende nachdenken.» In einzelnen Branchen gibt es solche Regelungen über die Gesamtarbeitsverträge bereits.



Heidi Joos, Avenir 50 Plus: Kündigungsschutz für ältere Angestellte.

In der MEM-Industrie etwa profitieren Arbeitnehmer ab 55 Jahren von einer längeren Kündigungsfrist

«Flacht die Konjunktur ab, kommt die Altersguillotine zurück.»

Pascal Scheiwiller, Chef von Rundstedt & Partner



Sprit-Preise sinken – aber noch zu wenig

Die Ölpreise gehen seit Wochen zurück: Gestern kostete ein Barrel (159 Liter) Rohöl der Sorte Brent 84,62 US-Dollar. Anfang März, kurz nach Kriegsausbruch in der Ukraine, war der auf fast 140 Dollar geklettert.

Mit dem Ölpreisanstieg verteuerte sich auch das Benzin. Preise von 2.25 Franken und mehr je Liter waren während Wochen die Realität. Doch nun können Autofahrerinnen und Autofahrer wieder günstiger tanken.

Der Trend bei den Benzinpreisen zeigt derzeit klar nach unten, **sie seien generell gesunken,** heisst es bei den Tankstellenbe-

treibern Shell und Coop. Auch die Marktanalysen des TCS zeigen eine Entspannung bei den Spritpreisen.

Bei der Frage, ob diese weiter sinken werden, halten sich die Tankstellenbetreiber bedeckt. Denn der Verkaufspreis an der Zapfsäule hänge nebst dem Rohölpreis von weiteren Faktoren ab.

Gerade die Frachttarife auf dem Rhein sind ein wichtiger Kostenblock. Sie bewegen sich laut TCS immer noch auf einem hohen Niveau. Der Tarif beträgt 99 Franken pro Tonne. Normal sind zwischen 15 und 30 Franken.

PATRIK BERGER

Pierre Maudet will zurück in Genfer Regierung

Sieben Jahre nach Luxusferien-Skandal

Pierre Maudet (44) will zurück in die Regierung. Auf der Liste «Freiheit und soziale Gerechtigkeit» kandidiert der gestrauchelte frühere FDP-Regierungsrat erneut für die Exekutive des Kantons Genf.

Der einstige Shootingstar der Freisinnigen war bereits im Alter von 34 Jahren in die Genfer Regierung, den Staatsrat, gewählt worden. **2017 kandidierte er gar als Nachfolger für den zurückgetretenen Bundesrat Didier Burkhalter (62).** Zum Bundesrat gewählt wurde damals aber bekanntlich der Tessiner Ignazio

Cassis (61). Anders als Isabelle Moret (51) war Maudet dem heutigen Aussenminister im Bundesratswahlkampf aber tatsächlich gefährlich geworden.

So ging der Genfer als zweiter Sieger aus den Bundesratswahlen hervor und stand Ende 2017 auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere – um dann ab 2018 immer tiefer zu fallen. Maudet hatte sich und seine Familie 2015 zu einer Luxusreise in die Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate, Abu Dhabi, einladen lassen. Nach langem Hin und Her trat der Genfer

Ende Oktober 2020 aus der Kantonsregierung zurück.

Bei der Ersatzwahl kandidierte Maudet darauf als unabhängiger Kandidat für seine eigene Nachfolge. **Die Genfer FDP hatte ihn zuvor bereits aus der Partei ausgeschlossen.** Maudet erzielte bei der Wahl im März 2021 zwar einen Achtungserfolg, unterlag aber klar der Grünen Fabienne Fischer (61). Wie Pierre Maudet in der Gratiszeitung «GHI» sagte, will er nun sein politisches Comeback für die Werte seiner neuen Liste feiern.

SOPHIE REINHARDT

Pierre Maudet plant sein Comeback.



Ukraine-Krieg Tag 218 Biker kamen aus ganz Europa – Behörden wussten Bescheid

Putins «Nachtwölfe» feiern vor Denkmal in Uri

Die berühmte russische Biker-Truppe «Nachtwölfe» hielt am Samstag am Suworow-Denkmal in der Urner Schöllenschlucht eine patriotische Gedenkfeier ab.



Mit breiten Schultern und sichtlich stolz präsentierte sich Putins berüchtigte Töff-Gang «Nachtwölfe» am vergangenen Wochenende – mitten im Kanton Uri! Die Biker hielten am bekannten Suworow-Denkmal in der Urner Schöllenschlucht eine patriotische Gedenkfeier ab. Mit dabei waren auch der russische Botschafter Sergei Garmonin und der belarussische Botschafter.

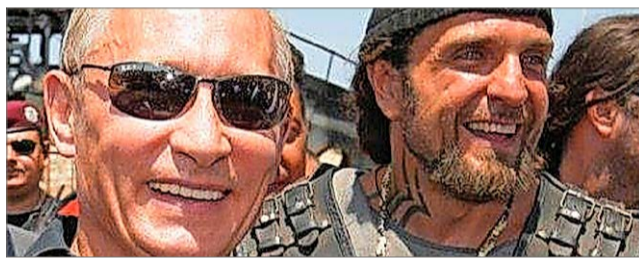
«Die Zeremonie fand in kleinem Rahmen statt.»

Kantonspolizei Uri

Wie die «Aargauer Zeitung» berichtet, sollen Putins Biker aus ganz Europa angereist sein. Die russischen Staatsmedien nahmen die Berichte der Feier auf. Die staatliche russische Nachrichtenagentur Tass etwa schrieb, der Anlass habe «trotz Widerstand der Schweiz stattgefunden». Auch auf dem Portal Russkiymir tauchte ein Bericht auf mit dem Titel «Die Schweiz feiert den Jahrestag der Alpenüberquerung der Armee von Alexander Suworow».

Die Schweizer Behörden haben von dem Anlass gewusst. Die Urner Kantonspolizei habe das Gespräch mit der russischen Botschaft und dem Auswärtigen Amt gesucht. «Als Resultat der Gespräche wurde die Gedenkzeremonie in einem kleinen, privaten Rahmen durchgeführt.»

Die «Nachtwölfe» scheinen das Treffen gleichzeitig auch noch für Kriegspropaganda genutzt zu haben. Ein Bild aus den sozialen Medien zeigt, wie die



Gang-Gründer Alexander Saldostanow (r.) pflegt gute Beziehungen zu Wladimir Putin, der auch schon bei Biker-Treffen dabei war.

Rocker hinter einem «Z»-Totenkopf posieren – ein klares Bekenntnis zum Ukraine-Krieg.

Die Gruppierung der «Nachtwölfe» zählt rund 5000 Mitglieder allein in Russland. Putin

war sogar schon höchstpersönlich bei Bikerfahrten des Klubs dabei. Der Gründer und Präsident der Biker-Gang, Alexander Saldostanow alias «Chirurg», pflegt gute Beziehungen zum russischen Präsidenten.

Eine offizielle Vertretung der Schweizer Behörden nahm

nicht am Treffen teil. Anwesend war aber Ferdinand Muheim, ehemaliger Gemeindepräsident von Andermatt UR. Er ist ein grosser Freund Russlands, erhielt sogar den Orden der Freundschaft, eine der höchsten Auszeichnungen, die Russland an Ausländer vergibt. Am Treffen vom Samstag durfte er die

Wertschätzung Russlands entgegennehmen.

Das Suworow-Denkmal gehört der russischen Botschaft in Bern. Es erinnert an Feldmarschall Alexander Suworow, der im Kriegsjahr 1799 mit 21 000 Mann von Italien durch die Alpen nach Norden zog. Dabei kam es in der Schöllenen zur blutigen Schlacht mit den Truppen Napoleons. Hunderte russische Soldaten fielen. Ein Jahrhundert später liess das zaristische Russland 1898 ein zwölf Meter hohes Kreuz mit goldener Inschrift zu Ehren der Gefallenen in einem Felsen errichten.

Im Mai wurde das Denkmal mit gelber und blauer Farbe beschmiert. SVENZIEGLER

Tatort Bornholm – Täter unbekannt

Rätsel um Anschläge auf Gas-Pipelines

Der Tatort: Bornholm, Dänemark. Drei Explosionen, die beiden Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 sind beschädigt. Die Täterschaft: unbekannt. Was ist bloss vorgefallen? Blick beantwortet die wichtigsten Fragen zum Gasleck in der Ostsee.

► Was ist passiert?

In der Nacht auf Montag meldete Nord Stream 2 Druckprobleme, eine Messstation registrierte rapide fallende Werte. Die dänischen Behörden konnten ein Leck südöstlich der Insel Bornholm identifizieren. Kurz darauf meldete auch Nord Stream 1 einen Druckabfall.

Entdeckt wurde das Leck laut «Jyllands-Posten» von dänischen F-16-Kampffluggesellschaften – die grossen Blasen fielen sofort auf. Da die Pipelines auf grosser Länge aufgerissen wurden, steht ein Sabotageakt im Zentrum.

► Welchen Einfluss hat das auf die Gasmangellage?

Wie «Der Spiegel» schreibt, befanden sich zum Zeitpunkt der Explosionen gut 500 Millionen Kubikmeter Erdgas in den Pipelines. Marktwert: etwa 800 Millionen Euro.

Kurzfristig wird das Leck die europäische Gasversorgung al-

lerdings nicht beeinflussen, so das Magazin. Schon vor Wochen hat Gazprom alle Gasflüsse durch Nord Stream 1 gestoppt, Nord Stream 2 wurde zwar gefüllt, doch geliefert wurde nie.

► Wem gehört das Gas?

Laut «Spiegel»-Angaben gehört das Gas in den Pipelines den Betreibern selbst, also der Nord Stream 2 AG mit Sitz in Zug, deren Anteilseigner zu 100 Prozent der russische Monopolist Gazprom ist. Allerdings ging die Nord Stream 2 AG pleite und hat all seine Mitarbeitenden entlassen. Konkurs wurde aber nicht angemeldet.

► Wer ist schuld an den Explosionen?

Experten gehen von einem Sabotageakt eines staatlichen Akteurs aus. Polen schliesst nicht aus, dass Russland für die Lecks verantwortlich ist.

Die Ukraine wurde deutlicher: «Das grossflächige Gasleck an Nord Stream 1 ist nichts anderes als ein von Russ-



Es blubbert in der Ostsee: Seit Montagabend tritt ungehindert Gas aus den beiden Pipelines Nord Stream 1 und 2.

land geplanter Terroranschlag gegenüber der EU», schrieb der ukrainische Präsidentenberater Mychailo Podoljak (50) auf Twitter.

Das beschuldigte Russland vermutet hinter den

kaputten Pipelines Sabotage – und zwar von den USA. «Nur die USA haben wirtschaftliche Interessen daran», schreibt die Zeitung «Iswestija». Auch der ehemalige polnische Verteidigungsminister Radek Sikorski (59) scheint diese Erklärung plausi-

bel zu finden. Am Dienstag twitterte er ein Bild des Gaslecks mit der Überschrift «Danke, USA».

► Wie konnten die Pipelines sabotiert werden?

Es gibt zwei Möglichkeiten, wie ein Saboteur den Anschlag ausgeführt haben könnte. Der dänische Militärwissenschaftler Anders Puck Nielsen sagte gegenüber «The Sun»: «Technisch gesehen ist das nicht schwierig. Es erfordert nur ein Boot und einige Taucher, die wissen, wie man mit Sprengkörpern umgeht.»

Weiter berichtet «Bild» von der 561. Marinebrigade des russischen Militärgeheimdienstes GRU, die in Parusnoye in der russischen Exklave Kaliningrad stationiert ist. Diese ist eine spezialisierte Unterwasser-Sabotageeinheit. CHIARA SCHLENZ



Weiterarbeiten
Ältere Fachkräfte haben in der Schweiz bessere Jobaussichten.

«Blick beendet Verantwortung»

(+1 Monat). Im Baugewerbe werden sie bereits mit 60 pensioniert. Im Vergleich mit dem Ausland sei das aber mager, kritisiert Joos: «In Schweden etwa herrscht bis 67 ein Recht auf Arbeit, da sind Angestellte viel besser geschützt.»

Auch bei den Studienautoren von Rundstedt heisst es, die Arbeitgeber würden seit Jahren beteuern, sie betrieben keine Altersdiskriminierung – die Zahlen sprächen aber eine andere Sprache.

Regierung



EU-Präsidentin Ursula von der Leyen spricht wie viele andere internationale Akteure von einem «Sabotageakt».

Der Kreml unter Wladimir Putin weist jegliche Vorwürfe zurück – und macht die USA für die Lecks verantwortlich.